

Machtwechsel in Sicht? Die Vorhersage des Kanzlermodells für die Bundestagswahl 2017

Thomas Gschwend und Helmut Norpoth

A Change of the Guard? The Forecast of the Chancellor Model for 2017

Abstract: The Chancellor Model predicts that the 2017 Bundestag election will most likely confirm Angela Merkel for another term as head of the federal government. As of June this year, she leads her Social Democratic challenger Martin Schulz by a wide enough margin in chancellor popularity to overcome any fatigue with her tenure after three terms. Besides continuing with the Grand Coalition, Merkel also has the option of entering a Jamaica-coalition (with the FDP and Greens), which would command a majority in the new Bundestag. A shift in chancellor popularity, however, would change the forecast. In the event that Schulz ultimately surpasses Merkel in chancellor popularity, as he did in late February, the SPD candidate would be more likely to head the next German government.

Keywords: Chancellor Model, Forecast, German Federal Election 2017, Coalition, Cost of Ruling

Stichworte: Kanzlermodell, Vorhersage, Bundestagswahl 2017, Koalition, Abnutzungseffekt

1. Einleitung¹

Wenn die Stimmen am Wahlabend des 24. September 2017 ausgezählt sind, wird die Bundesrepublik höchstwahrscheinlich wieder Angela Merkel als Regierungschefin bekommen. Dies ist die Prognose des Kanzlermodells (Gschwend u. Norpoth 2001), basierend auf den Informationen, die uns bis Anfang Juni 2017 vorliegen und bis zu vier Wochen vor der Wahl noch aktualisiert werden. Erst zu diesem Zeitpunkt kann es nach der Logik des Kanzlermodells eine endgültige Prognose geben. Ein Machtwechsel liegt nicht in der Luft. Dazu ist Martin Schulz, der sozialdemokratische Kanzlerkandidat, derzeit zu weit weg vom „Mr.100 Prozent“, wie er gerne in den Medien bezeichnet wird. Mit seinem derzeitigen Popularitätswert schickt er sich nicht an, die Kanzlerschaft der christdemokratischen Amtsinhaberin Angela Merkel und ihre 12-jährige Amtszeit als Bundeskanzlerin beenden zu können.

Diese Einsicht verdanken wir dem Kanzlermodell, das sich bereits bei den letzten vier Bundestagswahlen bewährt hat. Unsere theoretischen Ansätze zur Erklä-

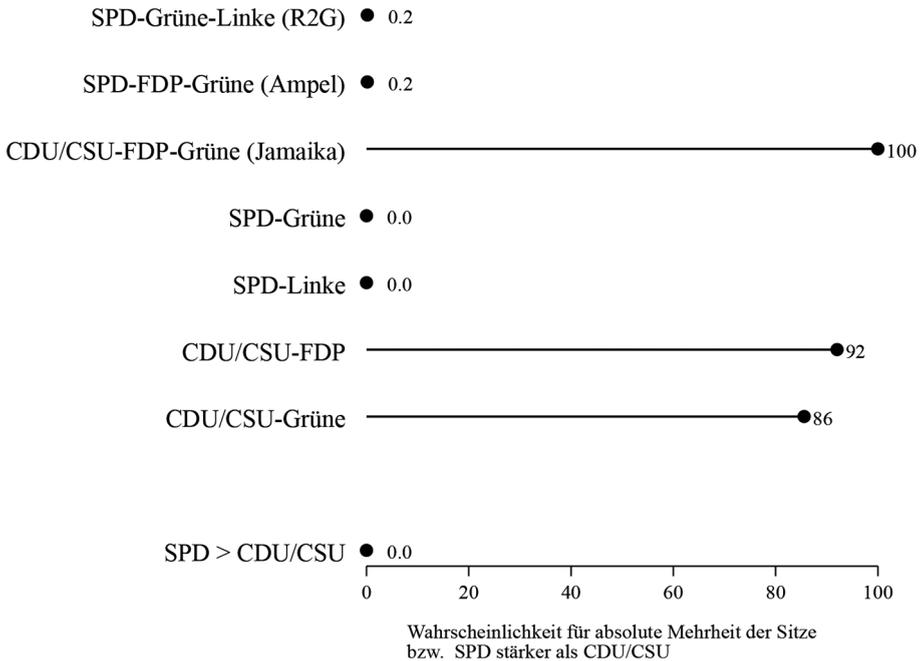
1 Wir danken den beiden anonymen Gutachtern sowie Marc Debus für wertvolle Hinweise und Christel Selzer für ihre redaktionelle Arbeit am Manuskript.

rung von Wahlverhalten und dem daraus resultierenden Zusammenwirken von lang-, mittel- und kurzfristigen Einflussfaktoren konnten wir aus der Analyse von zurückliegenden Bundestagswahlen ableiten und haben daraus ein statistisches Modell entwickelt, das den gemeinsamen Stimmenanteil der jeweiligen Regierungskoalition vorhersagt. So wird die Wahlentscheidung zwischen beliebig vielen Parteien zu einer Wahl für oder gegen die Regierung. Die Vorhersage des Stimmenanteils für die amtierende Regierungskoalition, die unser Modell normalerweise liefert, ist 2017 relativ sinnlos, weil Große Koalitionen nicht antreten, um wiedergewählt zu werden. Die Bildung einer Großen Koalition ist eine Notfalloption, die prinzipiell immer eine notwendige Sitzmehrheit im Bundestag sicher hat, wenn die Verhandlungen alternativer Koalitionsoptionen gescheitert sind. Daher sagen wir für die kommende Bundestagswahl den Stimmenanteil mehrerer denkbarer Regierungskoalitionen voraus. Mit Hilfe statistischer Analyseverfahren können wir die Gewichtung der Einflussfaktoren für die Stimmabgabe zu Gunsten der Regierungskoalition äußerst genau bestimmen und für eine Prognose der Bundestagswahl 2017 nutzen.

Sofern es sich bewahrheitet, dass die SPD weniger Sitze im neuen Bundestag erhält als die Union - und das ist derzeit sicher, wie Abbildung 1 zeigt - hat die Union alle Möglichkeiten, neben der Großen Koalition eine andere Regierung zu bilden. Die Wahrscheinlichkeit, eine Mehrheit für Schwarz-Gelb zu bekommen, liegt bei 92 Prozent, während eine Mehrheit für Schwarz-Grün mit 86 Prozent nur leicht unsicherer aussieht. Da es derzeit kein eindeutiges Koalitionssignal für eine dieser Konstellationen gibt (Gschwend et al. 2016; Gschwend et al. 2017), könnte es nach der Wahl zu spannenden Sondierungsgesprächen kommen. Die Union dürfte dann in der günstigen Lage sein, mehrere Mehrheitsoptionen zu besitzen. Das wäre eine exzellente Ausgangsposition für kommende Koalitionsverhandlungen. Solange keine dieser Zweiparteienkoalitionen eine rechnerische Mehrheit erlangt, ist die derzeit wahrscheinlichste Alternative zu einer Wiederaufnahme einer Großen Koalition, ähnlich wie nach der Bundestagswahl 2005, eine Jamaika-Koalition, die aber für die Bundesebene ein neues Koalitionsmodell darstellen würde und bisher nur auf der Landesebene ausprobiert wurde.

Wie sehen die Vorhersagen des Kanzlermodells für die SPD und die Aussichten auf eine Kanzlerschaft von Martin Schulz aus? Wenn die momentane Situation vom Juni noch im Herbst fortbesteht, ist die Antwort eindeutig. Es wird keinen Kanzler Schulz geben, weil er keine Machtoption haben wird. Für alle denkbaren Zweiparteienkoalitionen unter Führung der SPD und selbst die theoretisch denkbaren Dreiparteienkoalitionen, etwa eine Rot-Rot-Grüne Koalition („2RG-Koalition“) oder die sogenannte Ampel-Koalition aus SPD, FDP und den Grünen, wird keine Sitzmehrheit bekommen. Mit dem Kanzlermodell kann man jedoch nicht den Ausgang von Koalitionsverhandlungen vorhersagen. Hierfür gibt es spezielle Modelle (Bräuninger u. Debus 2008, 2012; Debus 2011). Es ist aber zu vermuten, dass FDP und die Grünen sich eher für eine Koalition mit der stärksten Fraktion als mit der zweitstärksten Fraktion aussprechen, wenn sie die Wahl haben. Selbst wenn es rechnerisch mögliche Koalitionsoptionen gäbe, die eine Kanzlerschaft von Schulz ermöglichen würden, ist dies solange unwahrscheinlich, wie die SPD nicht an der Union vorbeiziehen kann. Und das scheint derzeit unmöglich.

Abbildung 1: Vorhersagen des Kanzlermodells. Wahrscheinlichkeit, dass eine Koalition eine Sitzmehrheit im Bundestag bekommen wird bzw. Wahrscheinlichkeit, dass SPD die größte Fraktion stellen wird



Quelle: Eigene Darstellung

Der wesentliche Grund, warum unser Modell die Aussicht auf einen Kanzler Schulz so niedrig schätzt, liegt darin, dass die deutschen Wählerinnen und Wähler, falls sie sich direkt für einen Kanzlerkandidaten entscheiden müssten, Merkel den Vorzug geben. Im Juni-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen führt Merkel im Duell mit Schulz mit 59:31 Prozent, während die restlichen 10 Prozent noch unentschieden sind. Bemerkenswert ist auch, dass der Rückhalt für Schulz in den eigenen Reihen bei 73 Prozent liegt, was so gar nicht zum „Mr. 100 Prozent“ passt. Merkel hingegen scheint gegenüber Schulz bei den CDU/CSU-Anhängern sehr beliebt zu sein (95 Prozent). Andere Umfragen haben ähnliche Werte ergeben. Natürlich ist die Bundesrepublik kein Präsidialsystem, in dem der Präsident direkt gewählt wird. Das Kanzlermodell im Gleichklang mit vielen traditionellen Studien der Wahlforschung hat aber gezeigt, dass die individuelle Stimmabgabe bei Bundestagswahlen von den jeweiligen Präferenzen für einen Wunschkanzler beeinflusst wird.

Das einzige Argument, das gegen eine erneute Amtszeit von Merkel sprechen könnte, ist, dass nach drei Amtszeiten üblicherweise der Wunsch nach Veränderung in der Wählerschaft schon deutlich wird. Das ist nicht ungewöhnlich. Bei der jüngsten US-Präsidentschaftswahl profitierte der Republikaner Donald Trump von

diesem Wunsch nach Veränderung nach zwei Amtszeiten des Demokraten Obama im Weißen Haus. Die Wechselstimmung und Trumps besseres Abschneiden in den Vorwahlen gegenüber Hillary Clinton machten eine solche Vorhersage bereits im Frühjahr 2016 möglich (Fox and Friends 2016). In Deutschland würde eine wachsende Unzufriedenheit mit der Kanzlerin, insbesondere gegenüber einem beliebter werdenden Herausforderer, auf eine mögliche Wechselstimmung in diesem Jahr schließen lassen. Die Situation Ende Februar dieses Jahres sah auch danach aus. Das Kanzlermodell bewertete zu jenem Zeitpunkt eine Kanzlerschaft von Martin Schulz als realistisch, sofern die Popularitätswerte über das Wahljahr stabil blieben (Norpoth u. Gschwend 2017). Dem ist mittlerweile aber nicht mehr so.

Im Folgenden werden wir nochmal die Grundzüge des Kanzlermodells vorstellen und verdeutlichen, welche Informationen für die Vorhersagen benutzt werden. Danach beleuchten wir, wie gut das Kanzlermodell bisher als Vorhersagemodell funktioniert hat. Schließlich stellen wir im Detail die Vorhersagen für die kommende Bundestagswahl vor.

2. Das Kanzlermodell

Das Feld der wissenschaftlichen Wahlvorhersagen zeichnet sich durch eine ständig wachsende Anzahl von Ansätzen und Verfahren aus (Stegmaier u. Norpoth 2017). Ziel des Kanzlermodells ist es, den kombinierten Stimmanteil unterschiedlicher Koalitionen auf Basis von nur drei Faktoren vorherzusagen. Je nach Koalition haben diese Faktoren unterschiedliche Werte für die Vorhersage der kommenden Bundestagswahlergebnisse. Jede Vorhersage des kombinierten Stimmenanteils für Parteien einer Koalition ist das gewichtete Mittel dieser Faktoren. Die Gewichte dieser Faktoren sind für alle Vorhersagen im Rahmen der Bundestagswahl 2017 gleich. Sie wurden zuvor als Regressionskoeffizienten eines linearen Modells auf Basis von Daten der zurückliegenden Bundestagswahlen und Regierungskoalitionen geschätzt.

Die theoretische Motivation des Kanzlermodells haben wir an anderer Stelle (Gschwend u. Norpoth 2000, 2001, 2005a; Norpoth u. Gschwend 2010) bereits detaillierter beschrieben. Im Folgenden wollen wir die entscheidenden Punkte nochmals kurz zusammenfassen. Aufbauend auf Erklärungsfaktoren von Wahlentscheidungen, die schon die Klassiker der Wahlforschung wie *The American Voter* (Campbell et al. 1960, aktualisiert von Lewis-Beck et al. 2008) benutzten, setzt das Kanzlermodell besonders auf die Popularität der jeweiligen Spitzenkandidaten für das Amt des Bundeskanzlers. Da keine durchgehende Zeitreihe für den gesamten Zeitraum verfügbar ist, konstruieren wir nach dem Vorbild von Norpoth (1977) auf der Basis unterschiedlicher Frageformulierungen ein vergleichbares Messinstrument (Gschwend u. Norpoth 2000, S. 400). Für die kommende Bundestagswahl, wie auch bereits zuvor für die letzten Wahlen, messen wir diese Popularität mittels der Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler aus dem Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen.² Um Zufallsschwankungen

² Weil das Kanzlermodell auch auf Ergebnisse von Umfragen angewiesen ist, kann man es auch als Ergänzung zu umfragebasierten Vorhersagemodellen sehen.

zu glätten, bilden wir den Mittelwert der Politbarometer ein bis zwei Monate vor dem jeweiligen Wahltag (Norpoth u. Gschwend 2005, S. 375–377). Dieses Maß korreliert sehr stark (0,7) mit dem gemeinsamen Stimmenanteil der Regierungsparteien bei den 17 Bundestagswahlen seit 1953.

Der zweite Faktor des Kanzlermodells beinhaltet die Idee, dass Parteien sich unter normalen Umständen auf ein gewisses Reservoir an Stimmen verlassen können. Viele Wähler fühlen sich typischerweise zu einer Partei besonders hingezogen. Man spricht daher von langfristig stabilen Parteibindungen bzw. von Parteiidentifikationen (Campbell et al. 1960). Anstelle von Individualdaten, die leider nicht in gleicher Weise über den gesamten Zeitraum verfügbar sind, benutzen wir als Maß für den langfristigen Wählerrückhalt der Regierungsparteien den durchschnittlichen Wahlerfolg bei den vorangegangenen drei Bundestagswahlen der Regierungsparteien. Wir greifen hierzu auf die offiziellen Wahlergebnisse der jeweiligen Parteien zurück. Auf diese Weise lässt sich der Effekt langfristiger Parteistärke von kurzfristig wirksamen Faktoren wie der Kanzlerunterstützung empirisch trennen (Norpoth u. Gschwend 2003b). Um ein vergleichbares Maß über die Zeit zu konstruieren, müssen wir jedoch die besondere Situation von 2005 und 2013 berücksichtigen. In diesen Wahlen sind relevante neue Parteien auf der politischen Bildfläche erschienen, die sich aber auf Kosten des langfristigen Wählerrückhalts der amtierenden Regierungskoalition etablierten und für die daher entsprechend korrigiert werden muss.³ Unser Maß für den langfristigen Wählerrückhalt der Regierungsparteien korreliert ebenfalls recht stark (0,6) mit dem gemeinsamen Stimmenanteil der Regierungsparteien bei den 17 Bundestagswahlen seit 1953.

Schließlich haben wir als dritten und letzten Faktor des Kanzlermodells einen Effekt integriert, der die Dynamik von Wahlen abbildet. Eine theoretisch gut begründete These (etwa Campbell et al. 1960, S. 554; Paldam 1991, S. 19; Norpoth 2016) besagt, dass es Parteien Stimmen kostet, wenn sie Regierungsverantwortung tragen. Ein „zutiefst demokratisches Element“, wie der damalige Kanzler Schröder meinte, als wir ihm das Modell und seine Prognosen bei der Bundestagswahl 2002 vorstellten. Dieser mittelfristig wirksame Abnutzungseffekt von Regierungsparteien führt dazu, dass es immer schwieriger werden sollte im Amt zu bleiben, je öfter der Amtsinhaber zur Wahl antritt. In diesem Sinn messen wir den Abnutzungseffekt durch die Anzahl wie oft die kanzlerstellende Partei schon den Regierungschef gestellt hat. Bei den 17 Bundestagswahlen seit 1953 korreliert unser Maß wie erwartet negativ (-0,38) mit dem gemeinsamen Stimmenanteil der Regierungsparteien.

3 Hofrichter u. Kunert (2009) zeigen, dass 76 Prozent der Stimmen für die Linke in 2005 von ehemaligen Wählern der vor der Wahl amtierenden Rot-Grünen Bundesregierung kamen. Der Stimmenzuwachs von 4,7 Prozentpunkten (Die Linke bekam 8,7 Prozent in 2005 und die PDS 4,0 Prozent in 2002) reduziert demnach den langfristigen Wählerrückhalt von Rot-Grün um 3,6 (= 4,7 * 0,76) Prozentpunkte, d.h., von eigentlich 46,1 Prozent auf 42,5 Prozent für 2005. Analog korrigieren wir für 2013 den langfristigen Wählerrückhalt von Schwarz-Gelb von 46,4 Prozent auf 43,9 Prozent um 2,5 Prozent (= 4,7 * 0,54). Die AfD trat erstmals an und gewann 4,7 Prozent der Zweitstimmen. Wählerwanderungsanalysen wiederum zeigen, dass 54 Prozent der AfD-Wähler aus dem Schwarz-Gelben Lager gekommen sind (siehe <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>). [Zugegriffen: 05.02.2017].

Uns interessiert dabei besonders der gemeinsame Stimmenanteil der jeweiligen Regierungskoalition als eine für den Ausgang einer Wahl äußerst relevante Größe. Bekommt die Koalition eine Mehrheit, wird sie weiter regieren, ansonsten ist die amtierende Regierung abgewählt. Dies sagt unser Modell üblicherweise vorher. Für die amtierende Regierung brauchen wir eine Notlösung. Große Koalitionen treten üblicherweise nicht zur Wiederwahl an. So auch nicht im September dieses Jahres. Wir erwarten daher, dass jede der amtierenden Regierungsparteien entsprechende Koalitionsoptionen nach der Wahl ausloten wird. Das war nach den vergleichbaren Wahlen von 1969 und 2009 nicht anders.

Auf diese Weise haben wir alle drei Faktoren des Kanzlermodells operationalisiert und als unabhängige Variablen eines linearen Modells spezifiziert. Anpassungen bei der Operationalisierung sind dabei notwendig, um die Vergleichbarkeit der Messstrategie über die Zeit herzustellen und damit die Annahme der kausalen Heterogenität am ehesten rechtfertigen zu können. Da wir ebenfalls den kombinierten Stimmenanteil der jeweiligen Regierungsparteien für alle 17 Bundestagswahlen von 1953 bis 2013 durch die offiziellen Wahlergebnisse erhalten, können wir auch diese Größe als abhängige Variable des Regressionsmodells spezifizieren. Die Schätzergebnisse zeigen wir in Tabelle 1.

Tabelle 1: Schätzwerte für die Parameter des Kanzlermodells

<i>Unabhängige Variablen</i>	<i>Abhängige Variable:</i> Stimmenanteil der Regierungsparteien (1953–2013)	
	Parameter	(SF)
<i>Kanzlerunterstützung</i>	0,39***	(0,05)
<i>Langfristige Parteienstärke</i>	0,79***	(0,08)
<i>Abnützungseffekt</i>	-1,18**	(0,32)
<i>Konstante</i>	-8,95*	(4,79)
\bar{R}^2		0,93
Wurzel der mittleren Fehlerquadratsumme		1,49
N		17
Ljung-Box Q (5 lags)		2,08

Anmerkungen: * $p < 0,1$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Quelle: eigene Darstellung.

Alle Parameter des Kanzlermodells erweisen sich als signifikant und haben das erwartete Vorzeichen. Die Größe der geschätzten Parameter für den Zeitraum 1953–2013 hat sich im Laufe der Jahre seit der Bundestagswahl 2002 kaum geändert. Das zeigt an sich schon, wie robust die Modellschätzungen sind, trotz der kleinen Fallzahl, auf der sie beruhen.

Die vom Modell vorhergesagten Stimmanteile weichen im Schnitt über die 17 Wahlen um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte vom tatsächlichen kombinierten Stimmenanteil der Regierungskoalitionen ab. Die erklärte Varianz des Modells liegt über 90 Prozent. Das ist vertrauenswürdig. Auf Basis dieser recht präzise geschätzten Koeffizienten können wir entsprechende Vorhersagen erhalten, indem

wir konkrete Werte in die Regressionsgleichung einsetzen. Man kann allerdings bereits am relativ unpräzise geschätzten Koeffizienten der Konstante erkennen, dass die Modellprognosen trotz präzise geschätzter Faktoren noch einige Unsicherheit beinhalten werden.

3. Wie gut war das Kanzlermodell bisher?

Es ist beileibe nicht das erste Mal, dass wir eine Vorhersage für eine Bundestagswahl machen. Wir haben das Kanzlermodell zum ersten Mal für eine Prognose zum Ausgang der Bundestagswahl 2002 verwendet und haben es seither für jede Bundestagswahl angewandt. Zur Jahrtausendwende (Gschwend u. Norpoth 2000, 2001) haben wir mit einem solchen Modell absolutes Neuland betreten. Umso mehr freuen wir uns, dass es mittlerweile weitere Forschungsteams gibt, die über ihre Ansätze (Leininger u. Kayser 2017, Munzert et al. 2017) im aktuellen PVS-Forum berichten und so die Forschung zur Prognose und damit letztlich auch der Erklärung von Wahlen vorantreiben und vertiefen. Die akademische Wahlforschung, so meinen wir jedenfalls, hat sowohl Theorien und Modelle als auch darauf basierende Hypothesen anzubieten, die zur Prognose von Wahlergebnissen taugen (Norpoth u. Gschwend 2005). Fehlprognosen sind in diesem Zusammenhang lehrreich, weil sie zu einer Verbesserung der Theorie- als auch der Modellbildung führen können.

Die Modellvorhersagen des Kanzlermodells waren bisher recht genau und haben seit 2002 jedes Mal den Kanzler der nächsten Regierung korrekt vorhergesagt. Im Jahr 2002, zu einer Zeit, als Umfragen und Kommentatoren schon die amtierende Rot-Grüne Koalition unter Bundeskanzler Schröder abschrieben, sind wir mit unserer Prognose an die Öffentlichkeit getreten und haben eine Wiederwahl der amtierenden Regierungskoalition vorausgesagt. Die Vorhersage des Kanzlermodells, die drei Monate vor dem Wahltag veröffentlicht wurde, sagte den kombinierten Stimmenanteil Rot-Grün bis auf die erste Dezimalstelle (47,1 Prozent) korrekt voraus. Eine Leistung, die weder von einer Vorwahl-Umfrage noch von einem Exit-Poll am Wahlabend selbst (Gschwend u. Norpoth 2002, S. 16; Norpoth u. Gschwend 2003a) erreicht wurde. Bei der Wahl von 2005, der eine um ein Jahr verkürzte Legislaturperiode vorausging, hat unser Modell richtig vorausgesagt, dass die Rot-Grüne Koalition nicht wiedergewählt werden konnte, aber immer noch erfolgreich genug sein würde, um die Bildung einer Schwarz-Gelben Koalition (aus CDU/CSU und FDP) zu verhindern (Gschwend u. Norpoth 2005b, S. 30). Unsere Vorhersage für den kombinierten Stimmenanteil der amtierenden Regierungsparteien wich letztlich nur um 0,3 Prozentpunkte vom aktuellen Ergebnis ab. Das war genauer als alle Umfragen zu der Zeit und besser als fast alle 18-Uhr-Prognosen am Wahltag selbst (Gschwend u. Norpoth 2005a).

Zur Bundestagswahl 2009 haben wir für die amtierende Große Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel vorausgesagt, dass eine neue Koalition, bestehend aus CDU/CSU und FDP, genügend Stimmen gewinnen würde, um sich die Mehrheit der Sitze im Bundestag zu sichern (Gschwend u. Norpoth 2009a). Dies geschah auch so. Für die letzte Bundestagswahl 2013 schließlich sagte unser Modell vor-

aus, dass Merkels Regierungskoalition genügend Stimmen bekommen würde, um im Amt zu bleiben (Norpoth u. Gschwend 2013). Nur 0,2 Prozentpunkte trennten unsere Prognose vom tatsächlichen Ergebnis. Diese 0,2 Prozent waren genau der Anteil, mit dem die FDP, die 4,8 Prozent der Stimmen erreichte, die 5-Prozent-Hürde verpasste.

4. Die Vorhersage für 2017

Für die Vorhersage der kommenden Bundestagswahl benutzen wir dieselben Operationalisierungsstrategien zur Messung der Kanzlerunterstützung und der langfristigen Parteienstärke wie zuvor. Die entsprechenden Werte der langfristigen Parteienstärke sind in Tabelle 2 zusammengefasst.

Tabelle 2: Benutzte Werte der langfristigen Parteienstärke zur Vorhersage möglicher Koalitionen bei der Bundestagswahl 2017

Koalition	langfristige Parteienstärke (in %)
CDU/CSU-FDP	46,6
CDU/CSU-Grüne	45,9
CDU/CSU-FDP-Grüne	55,6
SPD-Linke-Grüne	46,4
SPD-FDP-Grüne	46,4
SPD-Grüne	36,7
SPD-Linke	37,4
SPD	27,6
CDU/CSU	36,8

Quelle: eigene Darstellung.

Für den Abnutzungseffekt haben wir die absolute Anzahl der Amtsperioden der Regierung (statt der logarithmierten Anzahl wie bei der Vorhersage zur Bundestagswahl 2013) genommen, um so auch den Stimmenanteil für mögliche Regierungskoalitionen eines neuen Kanzlers (Martin Schulz) vorhersagen zu können. Für den Stimmenanteil von Koalitionen unter der Führung von Schulz sollte noch kein Abnutzungseffekt wirksam sein, da die Koalition ja noch gar nicht im Amt ist. Der entsprechende Wert ist daher ,0'. Jede Merkel-geführte Regierungskoalition muss dagegen mit einem Abnutzungseffekt von ,3', das heißt mit einem Malus aufgrund langjähriger Regierungsbeteiligung im Durchschnitt von mehr als 3,5 Prozentpunkten ($= 3 * 1,18$) rechnen.

Um eine vorläufige Prognose zu erstellen, nehmen wir den neuesten Wert für die Kanzlerunterstützung, den die Forschungsgruppe Wahlen im Politbarometer vom Juni (02.06.2017) veröffentlicht hat. Zu diesem Zeitpunkt wünschen sich 59 Prozent der Befragten des Politbarometers weiterhin Angela Merkel als Kanzlerin. Martin Schulz kommt dabei nur auf 31 Prozent. Lässt man die Zahl der Unent-

schlossenen außer Acht, bedeutet das 66 Prozent für Merkel als Wunschkanzlerin und 34 Prozent für Schulz als Wunschkanzler.⁴

Es ist natürlich schon jetzt klar, dass die Große Koalition nach der Bundestagswahl weiter regieren könnte, wenn das die Partner wollen. Dazu braucht es sicherlich kein Modell. Es wird aber nur dazu kommen, wenn sich die Parteien auf keine andere Koalition einigen können. Eine andere Frage ist aber, wer den Kanzler stellen wird. Das scheint eine der spannenden Fragen dieser Wahl zu sein. Wird die SPD mit einem Kanzlerkandidat Martin Schulz stärker sein als die Union mit Bundeskanzlerin Angela Merkel? Das ist gerade auch deshalb wichtig, weil wir aus der Forschung zu Koalitionsbildung wissen, dass FDP und Grüne vermutlich eher mit der stärksten Fraktion eine Koalition bilden werden.

Abbildung 2 gibt einen Überblick über die unterschiedlichen Prognosen des Kanzlermodells. Für eine intuitivere Kommunikation der Unsicherheit, die unseren Vorhersagen innewohnt, benutzen wir zwei Arten von Unsicherheitsbereichen. Die Länge der traditionellen 95 Prozent-Konfidenzintervalle, die als dünne Linien abgetragen sind, verdeutlichen, mit wieviel Unsicherheit diese Prognosen behaftet sind. Da diese Werte auf Simulationen beruhen, können wir sie intuitiv interpretieren. Diese Konfidenzintervalle geben an, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent der Ausgang der Wahl in diesem Bereich sein wird. Ein intuitiveres Verständnis wie groß diese Unsicherheiten tatsächlich sind bieten 84 Prozent Konfidenzintervalle an, die durch die dickeren Linien gekennzeichnet sind. Diese geben an, dass die Wahrscheinlichkeit, dass das tatsächliche Ergebnis am Wahltag in diesem Bereich sein wird in etwa so groß ist wie beim einmaligen Würfeln keine ‚6‘ zu erzielen (genauer: $1 - 1/6 \approx 0,84$). Wir wissen alle aus eigener Erfahrung, dass eine Zahl zwischen ‚1‘ und ‚5‘ zu würfeln recht wahrscheinlich, trotzdem aber nicht völlig sicher ist.

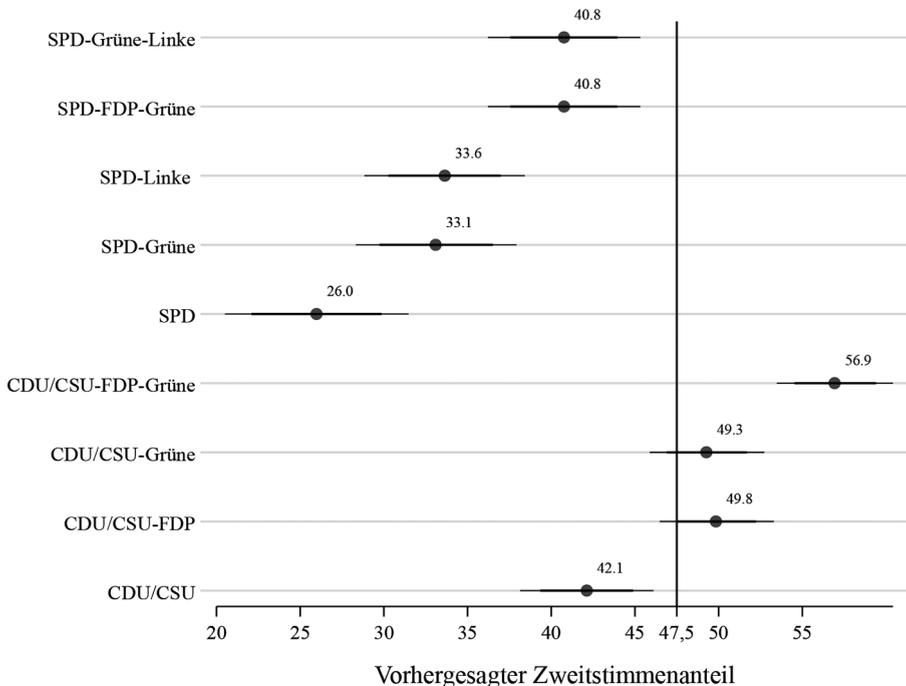
Momentan sagt das Kanzlermodell voraus, dass eine Jamaika-Koalition (CDU/CSU-FDP-Grüne) bei der kommenden Bundestagswahl einen Stimmenanteil von 56,9 Prozent erhalten wird. Daher ist auch klar, dass diese Koalition (neben der Großen Koalition) auch die besten Aussichten hat, eine Mehrheit der Sitze zu erhalten. Trotz Vorhersageunsicherheit sollte dieser Zweitstimmenanteil genügen, um eine Sitzmehrheit im neuen Bundestag zu erreichen.

Welcher Stimmenanteil ist ausreichend, um die Mehrheit der Sitze im Bundestag zu gewinnen und so eine Regierung zu bilden? Unter der Annahme, dass die Stimmen für alle anderen Parteien, die keine Sitze im Bundestag erhalten, mindestens fünf Prozent betragen, kann man davon ausgehen, dass die Hälfte von 95 (= 100

4 Im Nachgang zur Bundestagswahl 2009 identifizierten wir für den jeweiligen Kanzler einen „Großer Koalitions-Bonus“ (Gschwend u. Norpoth 2009b) bei Wahlen mit einer Großen Koalition als Amtsinhaberin, der sonst nicht zu erwarten ist. Dieser Bonus muss folglich bei der Operationalisierung der Werte für 1969 und 2009 herausgerechnet werden, um ein vergleichbares Maß über die Zeit zu gewährleisten. 2017 wäre ebenfalls eine solche Korrektur fällig. Allerdings ist ein solcher Bonus derzeit (Stand Juni 2017) nicht festzustellen. Die Popularität von Schulz unter den SPD Anhängern ist noch nicht so niedrig, wie man üblicherweise erwarten könnte, wäre ein „Großer Koalitions-Bonus“ für Merkel wirksam. Das liegt vermutlich daran, dass mit Martin Schulz ein bundespolitischer „Outsider“ zum Herausforderer von Angela Merkel nominiert wurde und sich so der „Großer Koalitions-Bonus“ in der Popularität der amtierenden Bundeskanzlerin bisher nicht einstellt.

– 5) Prozent der Stimmen, also 47,5 Prozent ausreichen sollten, um eine Mehrheit der Sitze im neuen Bundestag zu sichern. Die beiden Dreiparteienkoalitionen unter der Führung der SPD, Ampel und R2G sehen wir derzeit bei 40,8 Prozent und damit systematisch niedriger als 47,5 Prozent. Beide Koalitionen sieht das Kanzlermodell derzeit als nicht mehrheitsfähig. Schwarz-Grün hingegen liegt bei 49,3 Prozent und Schwarz-Gelb sogar bei 49,8 Prozent. Beide Koalitionsoptionen sind zwar nicht systematisch größer als 47,5 Prozent nach herkömmlichen Standard, da das 95 Prozent Konfidenzintervall den Wert ‚47,5‘ beinhaltet. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Koalitionen eine rechnerische Mehrheit erhalten, ist trotzdem sehr hoch, wie Abbildung 1 bereits verdeutlicht hat. Die Wahrscheinlichkeit, dass Schwarz-Gelb eine Sitzmehrheit im Herbst erhält ist derzeit tatsächlich in etwa so groß wie die Wahrscheinlichkeit, keine ‚6‘ zu würfeln – also schon recht wahrscheinlich, aber nicht ganz sicher. Für alle anderen aufgeführten Koalitionskonstellationen in Abbildung 2 sehen wir keine Mehrheit der Sitze im neuen Bundestag, da die vorhergesagten Werte systematisch kleiner als 47,5 Prozent sind.

Abbildung 2: Vorhersagen für die kommende Bundestagswahl basierend auf dem Kanzlermodell



Quelle: eigene Darstellung.

Woher kommt diese Unsicherheit und wie wird sie in unserer Analyse berücksichtigt? Jeder auf Basis des Modells vorhergesagte Wert beinhaltet beide Arten von

Unsicherheit. Zum einen ist jeder Regressionsparameter mit Schätzunsicherheit behaftet, die letztlich bereits durch die Angabe von Standardfehlern, wie etwa in Tabelle 1, dokumentiert wird. Zum anderen kommt für die konkrete Vorhersage von Wahlen hinzu, dass wir uns nie sicher sein können – selbst dann nicht, wenn wir alle Regressionsparameter genau kennen würden. Diese grundsätzliche Unsicherheit kommt also hinzu, weil jede konkrete Wahlvorhersage zusätzlich von dem Einfluss unzähliger Zufallsereignisse abhängt, die vom Verfassen dieser Zeilen bis zum Wahltag noch auftreten werden. Denkbar wären etwa politische oder wirtschaftliche Krisensituationen (Börsensturz, Terroranschlag). Diese zufälligen Ereignisse beeinflussen die Sicherheit unserer Vorhersagen, sind aber nicht systematisch Teil des Kanzlermodells. Um beide Arten von Unsicherheiten für die Vorhersage der kombinierten Zweitstimmenanteile für Koalitionen zu berücksichtigen, aber auch um vorherzusagen, wie wahrscheinlich es ist, dass eine bestimmte Koalition eine Mehrheit der Sitze im neuen Bundestag erhalten wird, verwenden wir einen parametrischen Bootstrap-Ansatz (King et al. 2000). Dabei simulieren wir 10.000 Vorhersagen für die kommende Bundestagswahl. Der Trick dabei ist, dass die Variabilität unserer simulierten Wahlvorhersagen beide Arten von Unsicherheit widerspiegelt. Je sicherer die Regressionskoeffizienten für unsere Vorhersage geschätzt wurden, desto geringer ist die Variabilität der Vorhersagen für die kommende Bundestagswahl.⁵

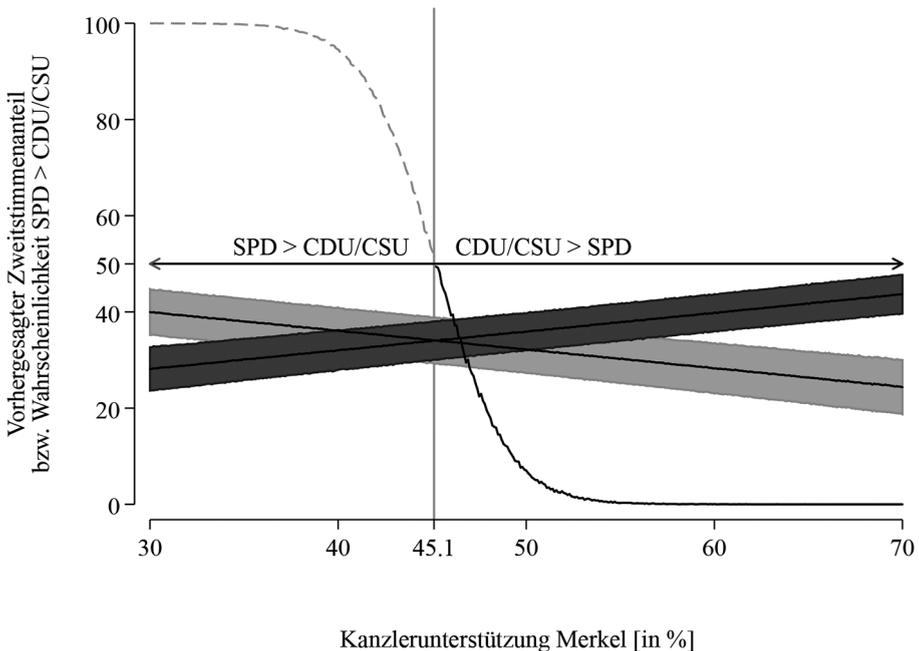
Wenn wir also sagen, wie eingangs in Abbildung 1, dass eine Schwarz-Gelbe Koalition eine 92-prozentige Wahrscheinlichkeit hat, eine Mehrheit zu gewinnen, dann heißt das, dass von 10.000 simulierten Vorhersagen für die kommende Bundestagswahl 9.200 Vorhersagen einen kombinierten Stimmenanteil liefern, der größer als 47,5 (= 95/2) Prozent ist. Die Angabe einer Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit der Sitze zu erlangen, ist dabei eine Möglichkeit, wie Unsicherheit in Prognosen kommuniziert werden kann. Abbildung 2 zeigt, dass wir sowohl für eine Ampel-Koalition wie auch für eine R2G-Koalition einen geringeren Stimmenanteil von 40,8 Prozent erwarten. Die Aussicht auf eine Mehrheit von Sitzen steht für beide Koalitionen bei nur 0,2 Prozent. Das ist daher praktisch ausgeschlossen.

Wenn die kommende Bundestagswahl so ausgeht wie vorhergesagt, dann hat Kanzlerin Merkel derzeit neben der Großen Koalition viele Alternativen, um an der Regierung zu bleiben. Am wahrscheinlichsten ist eine Schwarz-Gelbe Koaliti-

5 Technisch gesehen berücksichtigen wir die Schätzunsicherheit der Regressionsparameter dadurch, dass wir 10.000 Zufallsziehungen von einer multivariaten Normalverteilung verwenden, deren Mittelwert der Vektor der geschätzten Regressionskoeffizienten bzw. deren Varianz der geschätzten Varianz-Kovarianz-Matrix des Kanzlermodells entspricht. Auf Basis konkreter Werte für die drei unabhängigen Variablen des Kanzlermodells für 2017 lassen sich nun entsprechend 10.000 verschiedene Zweitstimmenanteile berechnen. Diese Vorhersagen variieren umso weniger, je genauer die Regressionskoeffizienten geschätzt wurden. Um die grundsätzliche Unsicherheit ebenfalls in die Vorhersagen zu integrieren, wird zu jedem der Zweitstimmenanteile noch ein Fehlerterm addiert, der zufällig aus einer Normalverteilung gezogen wird, deren Varianz der geschätzten Varianz des Kanzlermodells entspricht. So erhält man nun eine Verteilung von verschiedenen Wahlvorhersagen für jedes gewählte Szenario, was durch die Werte der unabhängigen Variablen für 2017 definiert ist und variiert, weil es sowohl die Schätzunsicherheit als auch die grundsätzliche Unsicherheit beinhaltet. Der Mittelwert dieser Verteilung ist die Vorhersage des Kanzlermodells. Die Variabilität der Verteilung dieser Wahlvorhersagen spiegelt also beiden Arten von Unsicherheiten wider.

on, aber auch eine rechnerische Mehrheit für eine Schwarz-Grüne Koalition ist denkbar. Sofern die SPD nicht noch die CDU/CSU überflügeln kann, braucht der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Martin Schulz in jedem Fall die Grünen und einen weiteren Koalitionspartner, um selbst Kanzler zu werden. Falls es aber weder für Schwarz-Gelb noch für Schwarz-Grün für eine Sitzmehrheit reichen sollte, würde es eher zu einer Jamaika-Koalition kommen als zu einer Ampel-Koalition. Die stärkere der beiden Volksparteien wird mehr Optionen im anstehenden Koalitionsspieler haben. Eine entscheidende Frage ist also: Welche Partei stellt die stärkste Fraktion im neuen Bundestag? Unser Modell kann in Abhängigkeit von der Popularität der Kanzlerin gegenüber ihrem Herausforderer diese Frage beantworten.

Abbildung 3: Wer wird die stärkste Fraktion im neuen Bundestag? Vorhergesagter Zweitstimmenanteil des Kanzlermodells für CDU/CSU bzw. SPD sowie Wahrscheinlichkeit, dass die SPD stärkste Fraktion wird



Quelle: eigene Darstellung.

Abbildung 3 zeigt den vom Kanzlermodell vorhergesagten Zweitstimmenanteil für CDU/CSU und SPD in Abhängigkeit der Kanzlerunterstützung einen Monat vor der Wahl. Diese ist zum Zeitpunkt der Abgabe des Manuskripts noch nicht bekannt. Wir sehen, dass, je populärer Merkel gegenüber Schulz ist, das Kanzlermodell für die CDU/CSU mehr Zweitstimmen vorhersagt (die aufsteigende Linie mit dunkelgrauen 95 %-Konfidenzintervallen) und umgekehrt weniger Zweitstimmen für die SPD (die absteigende Linie mit hellgrauen 95 %-Konfidenzinter-

vallen). Solange die Kanzlerin aber eine Unterstützung von mindestens mehr als 45,1 Prozent erhält, sieht unser Modell die Union stärker als die SPD. Gegenwärtig steht Merkel sogar bei 66 Prozent. Insofern ist es praktisch unmöglich für die SPD stärkste Fraktion zu werden, solange Merkel im Vergleich zu Schulz derart populär ist. Die entsprechende Kurve der Wahrscheinlichkeit, dass der Zweitstimmenanteil der SPD größer ist als der der CDU/CSU, ist bei 0 Prozent.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die SPD statt der Union stärkste Fraktion wird, ist bis zu einer Unterstützung Merkels von 45 Prozent eher wahrscheinlich. Martin Schulz, als Herausforderer, muss also mindestens 55 Prozent an Unterstützung in der Kanzlerfrage bekommen, damit das Kanzlermodell die Wahrscheinlichkeit über 50 Prozent sieht (was die gestrichelte Linie markiert), dass die SPD stärkste Fraktion im neuen Bundestag wird. Falls sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen in der Kanzlerfrage entwickelt, werden die entsprechenden vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, ob die SPD oder die Union mehr Stimmen erhalten wird, zum Teil erheblich schwanken, wie an der Steilheit der Kurve in dem Bereich zwischen 40 Prozent und 50 Prozent in der obigen Abbildung zu sehen ist. Bleibt die derzeitige Popularität von 66 Prozent bis zum August erhalten, steht einer Wiederwahl der amtierenden Kanzlerin mit der Union als stärkster Fraktion im neuen Bundestag, unabhängig von jedweden Koalitionssignalen, die etwa bei früheren Wahlen eine Rolle gespielt haben (Gschwend et al. 2016, Gschwend et al. 2017), nichts entgegen. Jede CDU-geführte Regierung würde allerdings bei der ersten Bundestagswahl nach der kommenden Wahl im September gegen eine erhebliche Wechselstimmung ankämpfen müssen, da der entsprechende Abnutzungseffekt nun auf ,4' steigen würde. Unser Kanzlermodell macht eine solche Vorhersage ebenfalls heute schon möglich.

Literatur

- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus. 2008. Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. *Politische Vierteljahresschrift* 49(2): 309–338. DOI: 10.1007/s11615-008-0101-6.
- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus. 2012. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley. DOI: 10.1126/science.132.3420.138.
- Debus, Marc. 2011. Parteienwettbewerb, Regierungsbildung und Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2009. In *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 281–306. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fox and Friends. 2016. Political Science Professor: 97-99% Chance That Trump Will Be President. <http://insider.foxnews.com/2016/02/26/political-science-professor-97-99-chance-trump-will-be-president>. Zugegriffen: 05.05.2017.

- Gschwend, Thomas, und Helmut Norpoth. 2000. Soll und Haben: Die deutsche Wählerschaft rechnet mit den Parteien ab. In *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Hrsg. Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, und Dieter Ohr, 389–409. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. DOI: 10.1007/978-3-322-90180-4_16.
- Gschwend, Thomas, und Helmut Norpoth. 2001. 'Wenn am nächsten Sonntag ...': Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen. In *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann, und Max Kaase, 473–499. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gschwend, Thomas, und Helmut Norpoth. 2002. Die beste Wahlprognose. Warum eine Methode erfolgreicher war als alle anderen. *Financial Times Deutschland*, 24. September 2002.
- Gschwend, Thomas, und Helmut Norpoth. 2005a. Prognosemodell auf dem Prüfstand: Die Bundestagswahl 2005. *Politische Vierteljahresschrift* 46(4): 682–688. DOI: 10.1007/s11615-005-0308-8. DOI: 10.1007/s11615.005.0308-8.
- Gschwend, Thomas, und Helmut Norpoth. 2005b. Schröder lebt. *Financial Times Deutschland*, 3. Juni 2005.
- Gschwend Thomas, und Helmut Norpoth. 2009a. Schwarz-Gelb wird gewinnen. <http://blog.zeit.de/zweitstimme/2009/08/24/schwarz-gelb-wird-gewinnen/>. Zugegriffen: 20.04.2017.
- Gschwend Thomas, und Helmut Norpoth. 2009b. Das Kanzlermodell bei der Wahl 2009: Diesmal kein Volltreffer. <http://blog.zeit.de/zweitstimme/2009/10/14/das-kanzlermodell-bei-der-wahl-2009-diesmal-kein-volltreffer/>. Zugegriffen: 21.04.2017.
- Gschwend, Thomas, Lukas Stoetzer, und Steffen Zittlau. 2016. What Drives Rental Votes? How Coalitions Signals Facilitate Strategic Coalition Voting. *Electoral Studies* 44: 293–306. DOI: 10.1016/j.electstud.2016.06.011.
- Gschwend, Thomas, Michael F. Meffert, und Lukas F. Stoetzer. 2017. Weighting Parties and Coalitions: How Coalition Signals Influence Voting Behavior. *Journal of Politics* 79(2): 642–55. DOI: 10.1086/688678.
- Hofrichter, Jürgen, und Michael Kunert. 2009. Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2005: Umfang, Struktur und Motive des Wechsels. In *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Bernhard Weißels, und Jürgen W. Falter, 228–250. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-91666-8_9.
- King, Gary, Michael Tomz, und Jason Wittenberg. 2000. Making the Most of Statistical Analyses: Improving Interpretation and Presentation. *American Journal of Political Science* 44(2): 347–61. DOI: 10.2307/2669316.
- Leininger, Arndt, und Mark A. Kayser. 2017. Eine länderbasierte Prognose zur Bundestagswahl 2017. *Politische Vierteljahresschrift* 58(3): 407–417.
- Lewis-Beck, Michael S., William G. Jacoby, Helmut Norpoth, und Herbert F. Weisberg. 2008. *The American Voter Revisited*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Munzert, Simon, Lukas Stötzer, Thomas Gschwend, Marcel Neunhoeffer, und Sebastian Sternberg. 2017. Zweitstimme.org. Ein strukturell-dynamisches Vorhersagemodell für Bundestagswahlen. *Politische Vierteljahresschrift* 58(3): 418–441.
- Norpoth, Helmut. 1977. Kanzlerkandidaten. Wie sie vom Wähler bewertet werden und seine Wahlentscheidung beeinflussen. *Politische Vierteljahresschrift* 18(2/3): 551–572.

- Norpoth, Helmut. 2016. Primary Model Predicts Trump Victory. *Political Science and Politics* 49(4): 655–658. DOI: 10.1017/S1049096516001323.
- Norpoth, Helmut, und Thomas Gschwend. 2003a. Against All Odds? The Red-Green Victory. *German Politics and Society* 21(1): 15–34. DOI: 10.3167/104503003782353619.
- Norpoth, Helmut, und Thomas Gschwend. 2003b. Politbarometer und Wahlprognosen: Die Kanzlerfrage. In *Politbarometer*, Hrsg. Andreas Wüst, 109–123. Opladen: Leske + Budrich.
- Norpoth, Helmut, und Thomas Gschwend. 2005. Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen: Prognosemodell besteht Feuerprobe. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Hrsg. Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, und Bernhard Weßels, 371–387. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Norpoth, Helmut, und Thomas Gschwend. 2010. The chancellor model: Forecasting German elections. *International Journal of Forecasting* 26(1): 42–53. DOI: org/10.1016/j.ijforecast.2009.02.008.
- Norpoth, Helmut, und Thomas Gschwend. 2013. Chancellor Model Picks Merkel in 2013 German Election. *Political Science and Politics* 46(3): 481–482. DOI: org/10.1017/S1049096513000802.
- Norpoth, Helmut, und Thomas Gschwend. 2017. Chancellor Model Predicts a Change of the Guard. *Political Science and Politics* 50(3): 686–688. DOI: 10.1017/S1049096517000415.
- Paldam, Martin. 1991. How Robust is the Vote Function? A Study of Seventeen Nations over Four Decades. In *Economics and Politics. The Calculus of Support*, Hrsg. Helmut Norpoth, Michael S. Lewis-Beck, und Jean Dominique Lafay, 9–31. Ann Arbor, MI: The University of Michigan Press.
- Stegmaier, Mary, und Helmut Norpoth. 2017. Election Forecasting. In *Oxford Bibliographies in Political Science*, Hrsg. Rick Valelly, New York, NY: Oxford University Press. DOI: 10.1093/OBO/9780199756223-0023.

Autorenangaben

Prof. Thomas Gschwend, Ph.D.
Professor für Politikwissenschaft, quantitative sozialwissenschaftliche Methoden
Universität Mannheim
68131 Mannheim
E-Mail: gschwend@uni-mannheim.de

Prof. Helmut Norpoth, Ph.D.
Professor für Politikwissenschaft
Stony Brook University
Stony Brook, New York 11794-4392
E-Mail: helmut.norpoth@stonybrook.edu